

" Amerika - Japan - Europa
Dreieck im Konflikt ? "

Rede von Herrn Gaston THORN
Präsident der Kommission
der Europäischen Gemeinschaften

zum trilateralen Gespräch
auf dem Europäischen Forum Alpbach
1982

Alpbach, den 2. September 1982

Es gilt das gesprochene Wort

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Freunde !

"Entfremdung - Familienkrach - Scheidung

Handelsoffensive - Technologie-Embargo - Wirtschaftskrieg."

Die Liste finsterner Schlagzeilen aus den letzten Monaten ließe sich beliebig erweitern. USA - Japan - Europa : Nichts scheint mehr zu gehen in der Wirtschaftswelt des Westens. Ist unser System am Ende ??..

Nun, Schlagzeilen übertreiben gewöhnlich. Aber die Probleme sind da. Und sie sind ernst zu nehmen. Sehr ernst sogar. Zwar haben wir noch keinen Handelskrieg. Aber die Spannungen zwischen den großen Wirtschaftsmächten des Westens werden zunehmend unerträglich. Was als harmloser Familienkrach beginnt, kann zur Scheidung führen, wenn das Vertrauen in den anderen erst einmal weg ist.

Noch sind wir nicht so weit. Noch ist es möglich, miteinander zu reden und die bestehenden Konflikte gemeinsam zu lösen. Bei allem Tagesstreit sollten wir schließlich nicht aus den Augen verlieren, welche tiefe historische Bindungen zwischen uns bestehen. Und ist es wirklich nötig, daran zu erinnern, daß Europa und die USA Verbündete in zwei

Weltkriegen waren, daß der Wiederaufbau Europas nach 1945 ohne die großartige amerikanische Hilfe undenkbar wäre, daß wir Partner in einer Allianz sind, die seit Jahrzehnten erfolgreich den Frieden sichert ?

Alpbach 1982 ist eine gute Gelegenheit, abseits von der Hektik des politischen Alltags das Gespräch zu vertiefen und zusammen nach Wegen zu suchen, um die Spannungen abzubauen. Wir sollten diese Chance nutzen. Denn viel - viel zu viel - steht auf dem Spiel.

x x x

Die Vereinigten Staaten, Japan und Europa sind die drei großen Stützpfeiler der freien Weltwirtschaft. Zusammen erzeugen wir über die Hälfte des Sozialproduktes der freien Welt. Beinahe 60 % des freien Welthandels laufen über uns. Allein im vergangenen Jahr flossen Waren im Werte von 27 Milliarden Dollar zwischen der EG und Japan, von 64 Milliarden Dollar zwischen Japan und den Vereinigten Staaten und von 95 Milliarden Dollar zwischen den USA und der Gemeinschaft. Dabei sind diese Handelsströme nur der sichtbare Ausdruck vielfältiger Wirtschaftsverflechtungen auf allen Ebenen : Finanzielle Dienste, breite Kapitalströme, Investitionen im jeweils anderen Land, enge industrielle Beziehungen, Technologie-

austausch, Zusammenarbeit bei Forschung und Entwicklung. Dieses engmaschige Netz von Beziehungen und wechselseitigen Abhängigkeiten ist ein Lebensnerv unseres Wirtschaftssystems. Wird er ernsthaft krank, so ist das ganze System in Gefahr. Und an Krankheits-symptomen scheint es derzeit nicht zu fehlen.

Zunächst einmal sind die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schlecht. Wir alle leiden unter der schärfsten Rezession seit Ende des Zweiten Weltkrieges. Das Millionenheer der Arbeitslosen nimmt täglich zu. Die Zahl der Firmenzusammenbrüche erreicht immer neue Rekordmarken. Die Staatsverschuldung überall ist beängstigend. Der Welthandel stagniert.

In solch unsicheren Zeiten sind Regierungen mehr als sonst geneigt, zu handeln nach der primitiven Formel: "Jeder ist sich selbst der Nächste". Seien wir ehrlich: Niemand kann sich ganz von dieser Versuchung freisprechen, auch wir Europäer nicht. Die EG-Kommission ist immer wieder mit der Forderung nach mehr Protektionismus konfrontiert. Und wir haben alle Mühe, unsere Landwirte, Industrieunternehmen oder nationalen Regierungen davon zu überzeugen, daß in der Wirtschaftswelt von heute mit all ihren Interdependenzen jeder protektionistische Kurs zu einem gefährlichen Bumerang werden kann.

Umgekehrt leben wir aber auch nicht in einer vollkommenen Welt : In einer Zeit, wo die Arbeitslosenzahl in der Gemeinschaft auf die 12 Millionen zugeht, kann es sich keine Regierung - und insbesondere keine demokratisch gewählte Regierung - erlauben, ihre Weisheit allein aus Modellen vollkommener Konkurrenz zu beziehen und Freihandel um jeden Preis zu betreiben. Worauf es vielmehr ankommt, ist, gemeinsam mit den Handelspartnern in aller Welt ein annehmbares Gleichgewicht zu finden zwischen den Vorteilen freien Wettbewerbs und jenen sozialen und politischen Beschränkungen, die gelegentlich auch Schutzmaßnahmen erfordern können. In der Herstellung dieses Gleichgewichts liegt, so meine ich, das Kernproblem unserer Wirtschaftsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten und Japan.

Als die europäische Gemeinschaft vor 25 Jahren gegründet wurde, geschah dies gerade mit dem Ziel, durch Stärke und Stabilität des europäischen Pfeilers im westlichen Wirtschaftssystem ein besseres Gleichgewicht in der Welt zu schaffen. Paradoxe Weise wird aber der Gemeinschaft - auch von den Vereinigten Staaten und Japan - immer wieder vorgeworfen, ein protektionistischer Störenfried im Welthandel zu sein.

Was ist dran an diesem Vorwurf ?

Schon die Tatsache, daß Europa heute der größte Handelspartner mit einem der niedrigsten durchschnittlichen Zollltarife in der Welt ist, spricht dagegen. 1980 haben die USA und Japan pro Kopf ihrer Bevölkerung für 1.130 beziehungsweise 1.200 Dollar aus der übrigen Welt importiert, die Gemeinschaft dagegen für beinahe 1.400 Dollar. Wir verzeichnen ein wachsendes Handelsdefizit gegenüber beiden Partnern. In nur 5 Jahren, zwischen 1975 und 1980, hat sich unser Minus mit Japan auf 37 Milliarden Dollar angestaut, das mit den USA sogar auf 68 Milliarden Dollar. Man kann gewiß viel aus solchen Zahlen herauslesen, aber kaum eine protektionistische Abgeschlossenheit Europas.

Und die Agrarpolitik der Gemeinschaft? Sie ist so etwas wie ein ständig schwelendes Feuer des Konfliktes zwischen Europa und Amerika, das jedoch in den letzten Monaten erneut heftig aufgeflammt ist.

Es stimmt, daß wir in Europa großen Wert auf unsere Versorgungssicherheit mit Nahrungsmitteln legen. Es stimmt auch, daß wir deshalb versuchen, unsere eigene landwirtschaftliche Erzeugung abzusichern, abzusichern vor allem gegen übermäßige und oft spekulative Schwankungen auf den Weltmärkten. Hierin

unterscheiden wir uns in nichts von den Vereinigten Staaten. Auch sie sind auf eigene Versorgungssicherheit bedacht. Auch sie haben für eine Reihe von Erzeugnissen, bei denen sie nicht über eindeutige Produktionsvorteile verfügen, manchmal drastische Schutzmaßnahmen ergriffen.

Abschöpfungen, Erstattungen und Gemeinschaftspräferenz haben uns in Europa jedoch in keiner Weise gehindert, größter Agrarimporteur der Welt und bester Kunde der Vereinigten Staaten zu sein. Ein Viertel aller Agrarausfuhren der Welt geht in die Gemeinschaft. 1980 hatten wir allein für landwirtschaftliche Erzeugnisse ein spektakuläres Defizit von 29 Milliarden Dollar. Die USA haben in den letzten 5 Jahren fast 5 mal so viel in die EG ausgeführt wie sie aus der EG eingeführt haben. Und das soll ein Beweis für unseren Protektionismus sein? Wohl kaum.

Die Kritik aus den Vereinigten Staaten richtet sich denn auch weniger gegen unsere Einfuhren als gegen unsere Ausfuhren. Manchmal hört sich das so an, als würden wir mit unseren Ausfuhrerstattungen die Weltmärkte erobern und alle anderen in die Pleite abdrängen. Schaut man aber genauer hin, dann sieht vieles ganz anders aus.

Zunächst ein Wort zu den Subventionen für die Landwirtschaft. Die gibt es tatsächlich in Europa. Aber die gibt es auch in den Vereinigten Staaten, in vielfältiger Form und, bezogen etwa auf die Wertschöpfung oder die Erwerbsbevölkerung der Landwirtschaft, in durchaus vergleichbarer Größenordnung. Dies, obschon die amerikanischen Farmer unter Produktionsbedingungen arbeiten, von denen wir Europäer nicht einmal zu träumen wagen. Nehmen Sie nur die durchschnittliche Betriebsgröße : über 150 Hektar in den USA gegen knapp 18 Hektar in Europa.

Und unsere Weltmarkteroberung ? Folgt man dem GATT, dem die Gemeinschaft wie die Vereinigten Staaten angehören, dann hat jedes Land Recht auf einen angemessenen Anteil am Welthandel. Gewiß, das Wort "angemessen" bedarf der Auslegung. Fest steht aber, daß die Anteile der großen Landwirtschaftlichen Erzeugerländer am Welthandel in den letzten 10 Jahren erstaunlich stabil geblieben sind. Von 1973 bis 1980 hat sich der EG-Anteil an den Weltagrarexporten geringfügig von 9,5 auf 11 % erhöht; der Anteil der Vereinigten Staaten sank ebenso geringfügig von 19,8 auf 19 %. Das ist alles. Agressive Expansion Europas auf den Weltmärkten ? "Keine Red' davon", würde Brechts Mutter Courage sagen.

Die Landwirtschaft ist gegenwärtig in einer schwierigen Lage, in Amerika ebenso wie in Europa. Chronische Produktionsüberschüsse bei einigen Produkten belasten die Märkte hien und drüben. Doch lassen sich diese Probleme nicht lösen durch bittere Anklagen, finstere Drohungen und handfeste Repressalien, sondern nur durch gegenseitiges Verständnis und Kompromissbereitschaft. Wir in Europa sind nach wie vor zum Dialog, zum Miteinander bereit. Mehr noch : Wir haben in der letzten Zeit eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um unsere Agrarpolitik neu zu orientieren und an veränderte Gegebenheiten anzupassen. Der Abbau systematischer Produktionsüberschüsse und die Annäherung unseres Binnenmarktpreinsniveaus etwa bei Weizen an die Preise anderer großer Erzeugerländer gehören dabei zu unseren erklärten Zielen. Solche Kursänderungen lassen sich aber nicht von heute auf morgen verordnen. Sie müssen nach und nach verwirklicht werden. Bestimmt werden sie nicht gefördert, indem man die europäische Landwirtschaft und unsere Agrarpolitik zum Prügeln für die Probleme der US-Landwirtschaft macht.

Nichts wird gewonnen mit immer neuen systematischen Angriffen auf die gemeinsame europäische Agrarpolitik - ganz im Gegenteil. Das sage ich in aller Offenheit auch an die Adresse von Landwirtschaftsminister Block. Ich hoffe fest auf einen sachlicheren Ton

und mehr Verständnis unserer amerikanischen Freunde. Nur so wird es gelingen, den "Familienstreit", wie Minister Block es in einem Interview anlässlich des jüngsten Washington-Besuchs Edith Cressons nannte, gütlich beizulegen.

Der Agrarhandel ist jedoch nicht der einzige Streitpunkt zwischen Europa und Amerika. Ein heißes Eisen im wahrsten Sinne des Wortes ist auch wieder der Stahl. Hier hat die US-Stahlindustrie zu Beginn dieses Jahres gegen die Gemeinschaft schwerste Geschütze aufgeföhren. Sie hat Beihilfe- und Antidumping-Verfahren eingeleitet, die einen großen Teil der europäischen Stahlausföhren mit empfindlichen Strafzöllen bedrohen.

Was wirft man uns vor ? Zwei Dinge vor allem : Erstens, daß die europäischen Ausföhren in die Vereinigten Staaten den dortigen Markt stören und die amerikanische Stahlindustrie materiell schädigen. Und zweitens, daß all dies nur möglich ist, weil wir unserer eigenen Stahlindustrie finanziell unter die Arme greifen und somit Billigexporte aus Europa fördern.

Sprechen wir auch hierüber ganz offen: Unser Anteil am Stahlmarkt der Vereinigten Staaten liegt nicht einmal bei 7 %. 1981 haben wir weniger Stahl in die USA exportiert als 10 Jahre zuvor.

Und damit sollen wir dort ernsthaft den Markt destabilisieren ?

Die Hilfen, die wir unserer Stahlindustrie gewähren, sind bekannt. Sie sind veröffentlicht in einem Dokument, das genau angibt, welcher Art die Hilfen sind, bis wann sie spätestens wieder abgeschafft werden müssen, und welche Gegenleistungen die europäische Stahlindustrie zu erbringen hat. In aller Regel dienen unsere Beihilfen dem Abbau von Überkapazitäten, der Verbesserung der Produktivität und der Neuorientierung der Produktion, in keinem Fall jedoch der Subventionierung von Exporten.

Wenn es der amerikanischen Stahlindustrie heute also schlecht geht - und dies ist zugegebenermaßen der Fall -, dann hat dies eine ganze Reihe von Gründen: Überkapazitäten, geringe Produktivität, veraltete Anlagen - um nur einige zu nennen. Es ist aber allzu bequem, die Schuld für eigene Versäumnisse in Europa zu suchen.

Nur um das Schlimmste zu vermeiden, haben wir den Vereinigten Staaten im August als letzten Ausweg eine mehrjährige erhebliche Selbstbeschränkung unserer Exporte angeboten. Damit würden wir unseren Marktanteil dort von 6,9 auf rund 5 dreiviertel Prozent zurückschrauben. Für unsere Stahlindustrie

ist dies ein erhebliches Opfer. Sie ist dazu bereit, um den offenen Stahlkrieg zu vermeiden. Die Gemeinschaft wird alles tun, damit die in schwierigen Verhandlungen getroffenen Vereinbarungen in Kraft treten können. Wir wissen, daß die amerikanische Stahlindustrie immer noch zögert. Aber wir rechnen fest damit, daß die Regierung in Washington allen ihren Einfluß geltend machen wird, um eine neue Eskalation im Stahlstreit zu vermeiden.

Ein drittes Problem mit den Vereinigten Staaten, das Europäern, aber auch Japanern, Kopfzerbrechen bereitet, ist das amerikanische Technologieembargo gegen die sibirische Erdgasleitung. Hier kommt gleich alles zusammen : nachträgliche Gesetzesänderung, grenzüberschreitende Jurisdiktion, mangelnde Konsultation und - verzeihen Sie mir - die Illusion, man könne durch solche Wirtschaftsanktionen etwas anderes anrichten als nur den Schaden bei sich selbst. Oder glauben Sie ernsthaft, die Sowjetunion würde wegen des Embargos den Bau der Gasleitung aufgeben ? Sie kann die notwendige Technologie auch von anderen Ländern kaufen oder selbst entwickeln, sofern sie dies nicht ohnehin schon tut.

Und Europas wachsende Energieabhängigkeit ? Genau das Gegenteil ist richtig. Die Erdgasverträge mit

Rußland wurden abgeschlossen, um unsere Energieversorgung zu diversifizieren, also bestehende Abhängigkeiten von traditionellen Lieferanten zu verringern. Und zwar ohne deshalb in neue Abhängigkeiten zu geraten. Denn selbst 1990, wenn der russische Gashahn nach Vertrag am weitesten für die Gemeinschaft aufgedreht sein soll, würden nicht mehr als 4 % unseres Bedarfs aus Sibirien gedeckt.

Was bleibt also von dem Embargo ? Höchstens eine Verzögerung von ein bis zwei Jahren bei der Fertigstellung der Anlagen. Und um welchen Preis ! Den amerikanischen Lieferfirmen entgeht ein gutes Geschäft. Die bereits engagierten europäischen Firmen müssen vertragsbrüchig werden, verlieren ihren Ruf als sichere Geschäftspartner und erleiden hohe Verluste. Tausende von Arbeitsplätzen geraten in Gefahr. Doch, was fast noch schlimmer ist : Das Vertrauen der Unternehmer wie der Arbeiter in Europa in den Partner Amerika ist angekratzt. Lassen Sie es mich einmal drastisch formulieren und Helmut Schmidt zitieren : "Es ist wirklich schwer zu erkennen, wie man die Sowjets bestraft, indem man auf Freunde einprügelt."

Ist es da nicht verständlich, daß wir auf Erfüllung abgeschlossener Verträge drängen ? Ist da nicht verständlich, daß wir die Regierung in Washington

in einer Protestnote aufgefordert haben, die Ausdehnung des Embargos auf Firmen, die in Europa unter amerikanischer Lizenz arbeiten, aufzuheben. Selbst in Amerika mehren sich die Stimmen gegen das Embargo, wachsen die Zweifel an dem Sinn einer Sanktionspolitik, mit der man sich nur ins eigene Fleisch schneidet. So hat der Auswärtige Ausschuß des amerikanischen Repräsentantenhauses mit deutlicher Mehrheit in einem Gesetzentwurf die Aufhebung des Embargos gefordert. Und Dean Rusk, amerikanischer Außenminister unter Kennedy und Johnson, schrieb in der Washington Post zum Amtsantritt von George Shultz - ich zitiere : "Es steht der Regierung gewiß zu, Amerikas Freunden in Europa ihre Bedenken zu verdeutlichen. Niemand hat jedoch den Präsidenten und den Verteidigungsminister zu Ammen Westeuropas berufen . . . Es schadet den atlantischen Beziehungen, wenn die Vereinigten Staaten sich zu breit machen und ihr Recht und ihre Politik amerikanischen Zweigfirmen oktroyieren, die nach dem Recht und der Politik ihrer Gastländer in Europa organisiert sind. Die Freunde in Europa sind Alliierte, nicht Satelliten."

Die von der US-Regierung in den letzten Tagen beschlossenen Sanktionen gegen europäische Firmen haben zu einer weiteren Zuspitzung geführt. Wir haben jetzt einen Punkt erreicht, wo es gefährlich

wird für alle Beteiligten, die Dinge weiter laufen zu lassen. Noch ist es Zeit, irreparable Schäden im Verhältnis zwischen Freunden und Alliierten zu vermeiden. Ich wiederhole deshalb meinen Appell, die Gespräche über den Gesamtkomplex des Ost-West-Handels wieder aufzunehmen.

Wir begrüßen erste Anzeichen in Washington, die in diese Richtung weisen. Und ich kann Bill Brock nur zustimmen, wenn er einer mit den Alliierten abgestimmten Politik den Vorzug gibt gegenüber einseitigen Maßnahmen der USA.

Ich bin fest überzeugt, daß der Konflikt entschärft werden kann. Denn es gibt andere Formen wirtschaftlichen Drucks auf die Sowjetunion, wenn wir den Polen helfen wollen.

x x x

Soweit, meine Damen und Herren, drei im Augenblick heiße Probleme in unseren Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Sie sind jedoch nicht die einzigen Streitfragen zwischen uns. Ich hätte ebenso gut über unser Verhältnis zur Dritten Welt sprechen können. Oder über so prinzipielle Fragen wie die unterschiedliche Auslegung internationaler Abkommen. Oder über die bisherige amerikanische Hochzinspolitik mit ihren schwerwiegenden Folgen für Europa.

Hier zeichnet sich jetzt - dank der mutigen Budget-Politik Präsident Reagans - eine Trendwende ab mit positiven Auswirkungen für alle Industriestaaten. Zusätzliche Anstrengungen sind nötig, wenn die Zinsen weiter sinken sollen. Aber wir sind zuversichtlich, daß die amerikanische Regierung die neue Entwicklung nachhaltig fördern wird.

Lassen Sie mich zurückkehren zu unserem allgemeinen Thema : In den letzten Monaten haben sich Mißverständnisse, Unstimmigkeiten, Streitpunkte und andere Mißtöne in Wirtschaftsfragen regelrecht angehäuft. Zusammen genommen und vor dem Hintergrund weltweiter wirtschaftlicher, sozialer, politischer und auch militärischer Unruhen, stellen sie eine gefährlich tickende Zeitbombe dar.

Ich bin überzeugt, daß wir die bestehenden Konflikte entschärfen und den Schaden für uns alle begrenzen, wenn nicht vermeiden können. Wir müssen neues Vertrauen schaffen - als solide Basis für mehr Solidarität, mehr Partnerschaft. Dies ist nur möglich, wenn vereinbarte Regeln ehrlich respektiert werden. Die willkürliche Anwendung des Rechts des Stärkeren ist das Ende jeder Partnerschaft.

Wir müssen endlich auch zu einer gemeinsamen Sprache, zu einem echten Dialog zurückfinden. Es ist be-

stürzend mitzuerleben, wie wir in den letzten Monaten von Gipfel zu Gipfel gehastet sind, um über unsere Probleme zu sprechen, und uns dann doch nicht verstanden haben. Welchen Sinn hat ein scheinbar erfolgreicher Weltwirtschaftsgipfel wie in Versailles, wenn nur wenige Tage später noch schärferer neuer Streit ausbricht ? Und was soll der Bürger von derart spektakulären Treffen mit solchen Folgen halten ?

Nicht minder erschreckend ist es, daß sich in den letzten Monaten in allen möglichen Bereichen und meist getrennt voneinander Kontroversen entwickeln konnten, die in ihrer Häufung schließlich die gesamten Beziehungen zu vergiften drohen.

Was hier fehlt sind rechtzeitige umfassende Konsultationen, die das Gesamtinteresse der atlantischen Partnerschaft wahren. Denn letztlich steht die Glaubwürdigkeit unseres Bündnisses in der Welt auf dem Spiel. Ständiges Gezänk zwischen Partnern ist gewiß kein Zeichen von Stärke. Deshalb sollten wir alles tun, um unsere Prozeduren für ständige und umfassende Konsultationen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den USA zu verbessern.

Gewiß, hier sind in den letzten Jahren beträchtliche Fortschritte gemacht worden. Was den Rat angeht,

so bürgert sich allmählich eine Praxis ein, wonach jeder neue Präsident der amerikanischen Regierung einen Besuch abstattet. Ich selbst und andere Mitglieder der Kommission sind häufig in den USA. Und im letzten Dezember konnten wir eine ganze Delegation amerikanischer Minister unter Führung von Außenminister Haig bei der Kommission in Brüssel begrüßen. Außerdem haben wir zweimal jährlich "High-Level Consultations" mit den USA. Im Lichte dieser Erfahrungen sind dennoch Verbesserungen möglich. Ich weiß, daß darüber auch in Washington nachgedacht wird, und ich möchte deutlich sagen : wir in Brüssel sind bereit, noch vor Jahresende zu praktischen Entscheidungen zu kommen.

An die Adresse unserer Mitgliedstaaten muß ich gleich hinzufügen : Alle diese Aktivitäten haben natürlich nur dann einen Sinn, wenn die Europäer in der Lage sind, innerhalb angemessener Fristen eine gemeinsame Haltung festzulegen, die dann nach außen vertreten werden kann.

Mit einer Stimme sprechen bedeutet nicht, eine gemeinsame Position in Gegnerschaft zu den Vereinigten Staaten festzulegen. Umgekehrt heißt Partnerschaft auch, die volle Identität des anderen anerkennen und bereit sein, seinen spezifischen Interessen Rechnung zu tragen. "Wenn Europa einen

Teil der Verantwortung des Westens in der Welt tragen soll, dann muß es dies aufgrund eigener Konzeptionen und im eigenen Interesse tun". Zu diesem Schluß kommt Henry Kissinger in einer seiner großen Reden. Und er fügt hinzu :

"Natürlich wird es Meinungsverschiedenheiten im Hinblick auf die Taktik, manchmal auch die Perspektiven, wenn nicht sogar die Ziele zwischen uns geben. Aber ich glaube nicht, daß die Amerikaner so viel an Selbstvertrauen verloren haben, daß sie anderen, mit denen wir vielleicht gelegentliche Differenzen haben, die jedoch unsere höchsten Werte teilen, ihre Rolle verbieten wollen". Vielen Dank, Henry Kissinger !

x x x

Lassen Sie mich damit den Blick von Westen nach Osten, nach Fernost wenden. Auch hier, im Verhältnis Europas zu Japan, ist das Bild eher düster. Die japanischen Exporte in die Gemeinschaft haben 1981 wieder einen erheblichen Sprung nach vorn gemacht, um rund 12 %. Unser Handelsbilanzdefizit ist sogar um 14 %, auf etwa 14 Milliarden Dollar gestiegen. Glaubt man japanischen Kommentatoren, so beweist dies nur, daß die europäische Industrie abgewirtschaftet hat, daß unsere Unternehmer unfähig sind,

im Wettbewerb zu bestehen, und daß wir uns deshalb hinter einem Schutzwall von Protektionismus verschanzen wollen. So einfach, glaube ich, liegen die Dinge nun doch nicht. Die Wirklichkeit ist anders.

Drei Probleme sind es, die vornehmlich die Beziehungen Europas - aber auch Amerikas - zu Japan belasten. Da ist zunächst die chronische Einseitigkeit der Handelsbeziehungen. Unser Minus mit Japan ist von nicht einmal 8 Millionen Dollar im Jahre 1963 auf rund 500 Millionen 1970, 3,4 Milliarden 1975 und sage und schreibe auf 14 Milliarden Dollar 1981 hochgeschossen. Nun ist ein Handelsbilanzüberschuß oder -defizit der EG mit einem anderen Land an und für sich noch kein Problem. Ausgeglicherer Welthandel bedeutet natürlich nicht, daß unsere Handelsbilanz jedes Jahr mit jedem Partner einen Null-Saldo aufweisen muß. Mit Japan liegt das Problem aber anders. Zum einen wächst das Minus in unseren Handelsbeziehungen systematisch von Jahr zu Jahr. Zum anderen steht Europa mit seinen Sorgen nicht alleine da. Die Vereinigten Staaten wie auch die anderen Industrieländer Asiens haben die gleichen Schwierigkeiten. Wir haben es also mit einem systematischen globalem Ungleichgewicht im Verhältnis Japans mit den anderen Industrienationen

zu tun. Sollten wirklich alle anderen wirtschaftlich unfähig und nur Japan fähig sein ? ?

Das zweite Problem ist die Konzentration der japanischen Europa-Exporte auf höchst sensible Wirtschaftsbereiche. Automobile, Farbfernsehen sowie Werkzeugmaschinen. Hier sind die japanischen Ausfuhren - trotz der Restriktionen, die einige europäische Länder eingeführt haben - so stark gestiegen, daß sie für die einheimische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt in diesen Ländern eine ernsthafte Bedrohung darstellen. Verstehen Sie mich bitte richtig : Wenn andere billiger produzieren und leistungsfähiger sind, dann bin ich der erste, der sagt, daß die europäischen Unternehmen sich in ihrem eigenen Interesse der Konkurrenz anpassen müssen. Aber mit fast zwölf Millionen Arbeitslosen in der Gemeinschaft gibt es soziale und politische Grenzen für die Geschwindigkeit dieser Anpassung.

Das dritte, aber bei weitem nicht geringste Problem, sind die tausend großen und kleinen Schwierigkeiten, auf die europäische Firmen stoßen, wenn sie nach Japan exportieren wollen : Hohe Zölle, restriktive Kontingente und ausgeklügelte Normenkontrollen, je nach Produkt in unterschiedlicher Kombination angewandt, machen in vielen Fällen die Einfuhr praktisch unmöglich. Hinzu kommt eine Reihe von

Hindernissen, die nicht sichtbar und deshalb nur schwer zu fassen sind : ein Netz enger Beziehungen zwischen japanischer Industrie und japanischer Finanzwelt, die vielfältigen inoffiziellen Verbindungen zwischen Regierung und Wirtschaft, sowie schließlich die in Japan weitverbreitete und bestens gepflegte Überzeugung, daß alle Massenprodukte "Kokusan", das heißt japanischer Herkunft, sein müssen.

Ich will Japan nicht zum Sündenbock für Fehler und Unzulänglichkeiten mancher Branchen der europäischen Wirtschaft stempeln. Das würde niemandem etwas nützen, auch uns selbst nicht. Es ist aber auch nicht hilfreich, wenn die Japaner ihren Exportdruck ohne Rücksicht auf die sozialen und politischen Auswirkungen in den betroffenen Ländern fortsetzen.

Nötig sind vielmehr Einsicht und abgestimmte Aktionen auf beiden Seiten. Die europäische Industrie muß ihre weltweite Konkurrenzfähigkeit wiederherstellen - was hier und da nicht ohne Roßkur abgehen wird. Lautes Wehklagen und untätiges Abwarten helfen da nichts. Eher schon verstärkte innereuropäische Zusammenarbeit im unternehmerischen wie im technischen Bereich. Die spektakulären Erfolge des Airbus sind hier ein positives, die Entwicklung der europäischen Elektronikindustrie ein eher abschreckendes Beispiel.

Ich kann auch nur warnen vor dem Verlangen nach immer neuen Selbstbeschränkungsabkommen. Diese sind kein Allheilmittel, sondern - als Dauerlösung - der Tod des freien Welthandels.

Wer sich die Märkte von morgen erschließen will, muß heute den Mut zum unternehmerischen Risiko aufbringen, muß bereit sein zu bedeutenden innovatorischen Investitionen und zu dauerhaftem geschäftlichem Engagement auch in entfernten Ländern. So manches europäische Unternehmen könnte gerade hier von seinen japanischen Konkurrenten lernen.

Umgekehrt muß Japan, wenn es Partner sein will, seinen Ausfuhrdruck soweit dämpfen, daß europäische Anstrengungen nicht von vornherein zum Scheitern verurteilt sind. Außerdem, und das ist für mich der Angelpunkt des Problems: Japan muß endlich seinen Markt für die anderen Industrienationen öffnen, nicht nur für Rohstoffe, sondern auch für Fertigfabrikate. Entsprechende Schritte sind auf unser und amerikanisches Drängen hin mehrfach zugesagt worden. Die im Mai dieses Jahres, unmittelbar vor dem Gipfeltreffen in Versailles, erlassenen Maßnahmen sind ein Schritt in die richtige Richtung. Aber ein langer Weg bleibt noch zu gehen. Es genügt eben nicht, nur einige Hochzölle und Kontingente abzubauen. Nötig ist vielmehr ein grundlegender Wandel in der Orientierung der

japanischen Wirtschaft mit dem Ziel, den einheitlichen Markt - ähnlich dem der Europäischen Gemeinschaft und der USA - für Importe zu öffnen. Nur wenn dies auf Dauer gelingt, wird Japan der Verantwortung gerecht, die seinem wirtschaftlichen und politischen Potential entspricht.

x x x

So taucht immer wieder das gleiche Grundproblem auf : Die Herstellung eines annehmbaren Gleichgewichtes zwischen Handelspartnern in einer freien, aber unvollkommenen Wirtschaftswelt mit all ihren sozialen und politischen Beschränkungen. Für November dieses Jahres ist eine Ministerkonferenz im Rahmen des GATT vorgesehen, bei der es auch und vor allem um diese Frage geht. Diese Konferenz sollte mindestens so wichtige Ergebnisse bringen wie die letzte Ministerkonferenz vor 10 Jahren, die zur Eröffnung der Tokio-Runde führte. Sie ist ein Prüfstein für die Leistungsfähigkeit unseres Wirtschaftssystems. Nur wenn es gelingt, auch in einer Zeit wachsenden protektionistischen Drucks, das wechselseitige Vertrauen in die vereinbarten Regeln zu

wahren, ihre Anwendung durchzusetzen und so die internationale Handelsdisziplin zu sichern, wird unsere große Idee von einer freien Weltwirtschaft bestehen können. Der Wille hierzu und die Bereitschaft, anstehende Probleme durch Kooperation zu lösen, statt sie durch Konfrontation zu verschärfen, muß deshalb zur zentralen Botschaft der Konferenz werden. Wir in Europa sind bereit, hierzu unseren Beitrag zu leisten.

x x x

Lassen Sie mich hiermit schließen, meine Damen und Herren. So beruhigend die derzeitige Lage auch erscheinen mag, es wäre ein kapitaler Fehler, die Krise einfach als Schicksal hinzunehmen. Sie ist eine Herausforderung, neue Wege zu gehen, auch über unsere Handelsbeziehungen hinaus. Der Kampf gegen den Hunger in der Welt, die Überwindung der Energiekrise, die Förderung von Wissenschaft und Forschung zu friedlichen Zwecken, das sind Gebiete, auf denen wir in unserem gemeinsamen Interesse aufgefordert sind, zusammenzuarbeiten. Ein großer Teil der Welt ist noch unterentwickelt, leidet Not. Hier liegt ein ungeheures Potential für künftiges Wirtschaftswachstum. Wir, die westlichen Industrienationen, sind aufgerufen, an der Entwick-

lung dieses Potentials mitzuarbeiten. Unsere Glaubwürdigkeit steht auf dem Spiel. Ein Handelskrieg in dieser Situation wäre selbstmörderisch. Er würde nur jenen lachenden Dritten nützen, die immer schon gewußt haben, daß unser westliches Wirtschaftssystem vor dem Bankrott steht. Daß es so weit kommt, kann kein vernünftiger Mensch wünschen, weder in Amerika noch in Japan noch in Europa.



**PRESSE-MEDDELELSE • MITTEILUNG AN DIE PRESSE • PRESS-RELEASE • INFORMATION A LA PRESSE
ΑΝΑΚΟΙΝΩΣΗ ΓΙΑ ΤΟΝ ΤΥΠΟ • INFORMAZIONE ALLA STAMPA • MEDEDELING AAN DE PERS**

Brussels, 2 September 1982

"AMERICA - JAPAN - EUROPE : TRIANGLE IN CONFLICT?"

Summary of the address by Community President
Gaston Thorn at the trilateral talks at the
European Forum, Alpbach, Austria

Dealing first with the current tensions between the European countries and the USA over trade and economic policy Mr Thorn described the condition of transatlantic relations as very serious. "Although we are not yet engaged in a trade war", he said, "the tensions have reached a critical pass".

The USA, Japan and Europe were the main pillars of the free world economy and accounted for half of the national product and 60% of trade in the free world.

As a result of the continuing recession, unemployment, Government indebtedness and the collapse of firms the Western economic system was increasingly coming under threat.

Mr Thorn rejected the accusations of protectionism levelled at the Community in the USA : the Community had a widening trade gap with the USA and Japan: in five years this gap had risen to \$ 37 000 million with Japan and virtually double that figure - \$ 68 000 million - with the USA.

The Community had always fought in GATT for the liberalization of world trade, and its customs tariff - which averaged 7% - was one of the lowest in the world.

Even in the matter of agricultural policy the charge of protectionism levelled at the Community was hardly tenable : over the past five years the United States had exported annually to the Community four to five times as much agricultural produce as it had imported from the Community; the Community's agricultural trade deficit amounted to \$ 29 000 million in 1980.

- a. There was nothing to be gained from continual attacks on the European agricultural policy, Mr Thorn declared, calling for an objective tone and for greater understanding on the American side.

On the subject of the controversy over steel Mr Thorn disputed that European steel exports to the United States, with a market share of just under 7%, could have played a significant part in destabilizing the US steel market.

- b. Mr Thorn described the European offer to limit its exports to 5% for a period of several years as a considerable sacrifice. We know, he said, that the US steel industry is still hesitant, but we are counting on the Government in Washington bringing all its influence to bear to avoid a further escalation in the steel dispute.
- c. Mr Thorn also dealt with the conflict over the gas pipeline embargo and again made the European position clear. We have now reached a stage, he said, where it is becoming dangerous for all concerned to let matters go any further. Mr Thorn urged that talks on the whole area of East-West trade be resumed. I am firmly convinced, he said, that the conflict can be defused, as there are other ways of exerting economic pressure on the Soviet Union in order to help Poland.
- d. It was necessary to take the heat out of the conflicts and create new confidence in order to provide a firm basis for solidarity and partnership. Constant squabbling between partners is certainly not a sign of strength, continued Mr Thorn, and we must therefore do everything possible to improve our procedure for ongoing and comprehensive consultations between the European Community and the USA. We in Brussels are ready to arrive at practical decisions before the end of the year.

With regard to Japan Mr Thorn criticized its ever expanding overall trade surplus with European and other partners and the fact that Japan's exports to Europe were concentrated on extremely sensitive sectors, but above all he criticized Japanese protectionism.

Japan would have to ease the pressure of its exports, so that European efforts were not condemned to failure from the outset, and it would at last have to open up its market to other industrialized nations, not only for raw materials but also for manufactured goods.

"Our credibility is at stake and in the present situation a trade war would be suicidal", concluded Mr Thorn.